

Mai 2026

# Länderbericht

Auslandsbüro USA, Washington D.C.

**KONRAD  
ADENAUER  
STIFTUNG**

## Rückzug auf Raten oder neue Strategie?

### Reaktionen und Hintergründe zur Entscheidung der Trump Administration zur Truppenreduzierung in Deutschland

*Dr. Hardy Ostry*

Nur wenige Tage nach der Ankündigung durch Präsident Donald Trump, 5.000 amerikanische Soldaten aus Deutschland abziehen zu wollen, bestätigte Verteidigungsminister Pete Hegseth am 1. Mai 2026, dass die USA innerhalb von sechs bis 12 Monaten diesen Abzug umsetzen wollten. Über das erste Maiwochenende legte der Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte weiter nach und erläuterte, dass diesem Abzug weitere folgen würden, aus Deutschland, und möglicherweise auch aus Spanien und Italien. Seitdem dominieren zahlreiche Erklärungsversuche den öffentlichen Raum, inwiefern eine aus Trumps Sicht mangelnde Unterstützung des Iran-Krieges durch die Bundesregierung und in diesem Zusammenhang geäußerte Vorbehalte von Seiten des Bundeskanzlers Friedrich Merz und des Verteidigungsministers Boris Pistorius bei dieser Entscheidung eine Rolle gespielt haben mögen. Ähnliches könnte das Weiße Haus auch dem spanischen Premier Sanchez und Italiens Ministerpräsidentin Meloni als Erklärung entgegenhalten: Truppen-Abzug als Revanche für Sympathie-Entzug. So könnte man es sehen, dieser Ansatz greift aber zu kurz.

#### Republikaner leisten Widerstand

Entsprechende Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten: Während man in Berlin die Entscheidung gefasst, aber insbesondere den Zeitpunkt nicht ohne Erstaunen zur Kenntnis nahm, wurden in Washington Unverständnis und Kritik laut. Das Pentagon habe „eine solche Entscheidung nicht erwartet und habe keinerlei Abzugspläne“, wurde ein Kongressmitarbeiter zitiert. Deutlicher wurden dann mit Roger Wicker (R-MS) und Mike Rogers (R-AL) zwei republikanische Senatoren und Ausschussvorsitzende aus dem Senat, die sich von der Entscheidung sichtlich schockiert zeigten. In einer gemeinsamen Erklärung anerkennen sie Deutschlands Bemühungen einer größeren Lasten-Teilung. Dabei führen sie nicht nur die spürbaren Mehrausgaben im Verteidigungsbereich, sondern auch die Hilfestellungen bei der Truppenstationierung und die Unterstützung der Operation Epic Fury an. Auch wenn die Verbündeten nunmehr mehr Geld

in Rüstung und Verteidigung investierten, so brauche dies Zeit, bis die konventionelle Verteidigungsfähigkeit hergestellt sei. Eine verfrühte Truppenreduzierung in Europa, bevor diese Fähigkeiten erreicht seien, wäre das „falsche Zeichen an Vladimir Putin“, so die beiden Senatoren. Bevor man an eine Truppenreduzierung denke, sollte die US-Administration eher darüber nachdenken, Truppen weiter in den Osten Europas zu verlegen, um ein starkes Zeichen an Moskau zu senden.

Mit Don Bacon (R-Nebraska) bewertete ein prominenter republikanischer Kongressabgeordneter die Entscheidung des Präsidenten: „Das ist nicht klug. Das ist eine Kurzschlussreaktion“, erklärte er. Demokratische Vertreter der Opposition stimmten dem mehrheitlich zu und gingen in ihren Bewertungen naturgemäß noch weiter. Der angekündigte Rückzug sei nicht begründet in irgendeiner stimmigen US-Sicherheitspolitik, - Strategie oder

– Analyse, sondern „ist das Gegenteil von dem, was gebraucht wird und wird Russland ermutigen“, urteilt der Kongressabgeordnete Adam Smith (D-Washington).

Jenseits der eigentlichen Entscheidung der Truppenreduzierung in Deutschland gehen damit jedoch auch für die USA erhebliche logistische Fragen einher. Todd Harrison vom American Enterprise Institute wies darauf hin, dass damit erhebliche Kosten verbunden seien und zudem die Unterbringungsmöglichkeiten für 5.000 Militärangehörige und ihre Familien in den USA selbst derzeit sehr beschränkt seien.

Generalinspekteur der Bundeswehr Carsten Breuer, der zur gleichen Zeit in der US-Hauptstadt weilte, um den US-Vertretern Deutschlands neue Verteidigungsstrategie zu präsentieren, gab sich selbstbewusst, indem er erklärte: „Als Europas größte Volkswirtschaft hat Deutschland die Ambition, eine größere Führungsrolle in der NATO zu spielen. Es ist klar für Deutschland, mehr Verantwortung zu übernehmen“, erklärte er gegenüber der Presse in DC. Dass dieses Mehr an Verantwortung nach den Vorstellungen Berlins eher am Ende eines graduellen Prozesses denn am Anfang steht, gehörte seit dem NATO-Beschluss vom Juni 2025 zur Steigerung der Verteidigungsausgaben auf fünf Prozent zu den bisherigen, gemeinsamen Grundüberzeugungen diesseits und jenseits des Atlantiks.

### **Kohärenz mit der Nationalen Verteidigungsstrategie**

Grundsätzlich werden Entscheidungen einer US-Administration zum Aufwuchs oder zur Reduzierung von im Ausland stationierten Truppen nicht im luftleeren Raum getroffen, sondern orientieren sich an der Nationalen Verteidigungsstrategie (National Defense Strategy, NDS), die seit 2018 unter diesem Namen veröffentlicht wird und die bis dahin übliche „Quadrennial Defense Review“ (QDR) ablöste. Mit dem Entwurf einer Nationalen

Verteidigungsstrategie kommt das Pentagon einem Auftrag des Kongresses nach, den strategischen Rahmen und die Prioritäten des Verteidigungsministeriums zum Beginn einer jeden Administration abzustecken und zu definieren. Die im Januar von Pete Hegseth vorgelegte Strategie ähnelt in zahlreichen Punkten der im November 2025 bereits von Außenminister Rubio vorgelegten „Nationalen Sicherheitsstrategie“ (National Security Strategy, NSS). Der Schwerpunkt beider Papiere liegt auf „America First“ und einer damit einhergehenden Fokussierung auf die Stärkung Amerikas, die Einhegung Chinas durch Stärke, zunehmende Lastenteilung mit Alliierten und Partnern sowie den massiven Ausbau der US-amerikanischen Verteidigungsindustrie. Was die Trump-Administration unter Lastenverteilung versteht, wurde bereits seit Amtsantritt stärker spürbar: Europa solle sich weitgehend selbst um seine Sicherheit kümmern.

Über Jahrzehnte war es guter Brauch der unterschiedlichen US-Administrationen, im Nachgang zur NDS auch eine sogenannte „Global Posture Review“ (GPR) durchzuführen und zumindest in Teilen zu veröffentlichen. Diese Review diene der Überprüfung und Vergewisserung aktueller Truppenstationierungen im Ausland und ermöglichte somit ggfls. auch Veränderungen, die sich aufgrund veränderter Bedrohungsszenarien und Schwerpunktsetzungen oder geopolitischer Verschiebungen als notwendig erwiesen. Zugleich diene dieses Dokument, das im Gegensatz zur NDS in Gänze als „classified“ galt, auch der Unterrichtung von Kongress und Senat, um notwendige zusätzliche Haushaltsmittel zu erhalten oder bereits genehmigte verschieben können. Kurzum: Die GPR war das interne Planungsinstrument, aus dem sich Prioritäten, Verschiebungen und Akzentsetzungen mit Blick auf die im Ausland stationierten US-Truppen im politischen Entscheidungsraum ablesen lassen konnten.

Das Pentagon hat an einer entsprechenden Neuauflage der GPR seit Mitte letzten Jahres

gearbeitet, jedoch im Unterschied zu den vorhergehenden Administrationen keine Schlussfolgerungen oder Ableitungen veröffentlicht. Von Kongressabgeordneten und Senatoren wurde dies wiederholt kritisiert. „Wenn wir es (GPR) nicht haben, ist es sicherlich nicht hilfreich für unsere Arbeit“, erklärte der republikanische Senator Jim Banks (R-Ind.). Noch im März hatten Abgeordnete den Mangel an Informationen aus dem Pentagon bezüglich der GPR kritisiert, was ihnen belastbare Entscheidungen mit Blick auf das Verteidigungsbudget erheblich erschwert habe. Auch NATO-Mitglieder kritisierten in Hintergrundgesprächen, dass ihre militärischen Planungen erschwert würden durch den Mangel an Informationen. „Die große Bitte, die wir haben: Planbarkeit“, wurde ein hochrangiger NATO-Vertreter seinerzeit zitiert. Das Pentagon seinerseits rechtfertigte seine Herangehensweise damit, dass man im bilateralen Gespräch mit Gesetzgebern, Alliierten und Partnern sei, um alle Betroffenen von den Entscheidungen zur Umsetzung der NDS zu informieren. Das von Kritikern als „Alleingang“ („go-it-alone pattern“) beschriebene Vorgehen stieß bereits im Vorfeld auch der jüngsten Entscheidung weder auf Vorliebe bei anderen Entscheidungsträgern in DC noch in Brüssel.

Aktuell haben die USA knapp 170.000 aktive Soldaten außerhalb der Staaten stationiert, wobei Japan (54.300), Deutschland (36.500) und Süd-Korea (23.500) die Schwerpunkte bilden. Italien (12.700), das Vereinigte Königreich (10.000) gehören ebenso wie Spanien (3.800) zu weiteren wesentlichen US-Stützpunkten. Auf welche Verschiebungen auch angesichts der Schwerpunktsetzungen der Trump-Administration man sich wird weiter einlassen müssen, ist derzeit schwer zu sagen.

Festzuhalten bleibt allerdings, dass eine Verlegung US-amerikanischer Truppen nicht direkt durch den Kongress oder den Senat verhindert werden kann, beide Häuser allerdings beträchtlichen Einfluss haben, durch die Mittelfreigabe diesen Prozess zu blockieren. Stimmen aus dem Pentagon verweisen bereits jetzt darauf, dass der angestoßene Prozess mehr Zeit in Anspruch nehmen werde als gedacht. Wie bekannt, hatte Trump bereits während seiner ersten Amtszeit den Abzug bzw. Die Verlegung von 12.000 US-Soldaten aus Deutschland umsetzen wollen. Dazu gekommen ist es nie. Hinzu kommt, dass der angekündigte Abzug in die Phase des Vorwahlkampfes der Midterms, also der Zwischenwahlen in den USA, fällt.

Präsident Trumps Kalkül mag es sein, durch eine solche Entscheidung nach einem massiven Einbruch seiner Beliebtheitswerte im Zuge des Iran-Krieges wieder Terrain insbesondere bei der eigenen Kern-Klientel gut zu machen. Das könnte sich allerdings je nach Verlauf der Ereignisse der nächsten Woche auch als Fehlannahme erweisen.

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry  
Ständiger Vertreter, Auslandsbüro USA, Washington D.C.  
Europäische und Internationale Zusammenarbeit  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

[hardy.ostry@kas.de](mailto:hardy.ostry@kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)